

Federf. Stadtamt: Jugendamt

<b>Vorlage für den</b>	Berichterstatter	Sitzung am	Punkt
Jugendhilfeausschuss	Beigeordneter/Stadtkämmerer Hommel	26.11.2002	

öffentliche Sitzung

**Betrifft: Versorgungssituation für Kinder ausländische Herkunft im Gladbecker Süden**

**Auftrag:**

In der Jugendhilfeausschusssitzung am 26.9.2002 ist die Fortschreibung der Kindergartenbedarfsplanung vorgestellt worden. Mit Blick auf die ungünstige Versorgungssituation für Kinder ausländischer Herkunft ist im Gladbecker Süden insbesondere in Brauck ist dann folgender Beschluss gefasst worden:

- a) Zur Verbesserung der Versorgungssituation der Kinder ausländischer Herkunft im Gladbecker Süden sind umgehend alle Möglichkeiten auszuschöpfen.
- b) Für die kommenden Kindergartenjahre ist angesichts zurückgehender Kinderzahlen gemeinsam mit den Freien Trägern zu prüfen, ob und in welchem Umfang Plätze abgebaut werden können.
- c) Perspektivisch sind Vorschläge zu erarbeiten, wie die unzureichende Versorgungssituation der unter Dreijährigen mit eventuell frei werdenden Ressourcen verbessert werden kann.

Die Verwaltung wird beauftragt, in der Sitzung am 26.11.02 über die Ergebnisse zu berichten.

**Aktuelle Situation/Lösungsansätze**

Seitens der Verwaltung sind Gespräche mit Trägern und Einrichtungsleitungen in Brauck und Rosenhügel mit folgenden Ergebnissen geführt worden.

Das Platzangebot der Städtischen Kindergarten August-Brust-Str. und Vehrenbergstr. ist ausgelastet. Das Angebot des Kindergartens August-Brust-Str., vier zusätzliche Kinder im Rahmen von Überbelegungen aufzunehmen, ist durch Vermittlung des Jugendamtes in drei Fällen genutzt worden; ein Platz ist noch frei. Weitere 3 zusätzliche Plätze können im Kindergarten Vehrenbergstr. angeboten werden. Eine Warteliste mit Kindern, die aktuell einen Platz benötigen, besteht in beiden Kindergärten nicht.

<b>Mitzeichnungen</b>				
Bürgermeister	Erster Beigeordneter:	Beigeordneter/ Stadtkämmerer:	Beigeordneter/ Stadtbaurat:	Rechtsamt:
Datum: _____	Datum: _____	Datum: _____	Datum: _____	Datum: _____

Zahl der erforderlichen Protokollauszüge: \_\_\_\_\_

Erheblichen Druck spüren dagegen die katholischen Kindergärten St. Marien und St. Pius. Beide Einrichtungen sind zur Zeit dabei, Ihre Wartelisten zu bereinigen; sie werden anschließend dem Jugendamt zur Verfügung gestellt. Es sollen dann alle Eltern angeschrieben werden, um Hilfsmöglichkeiten auszuloten. Das Jugendamt kann noch 13 Plätze in den städtischen Kindergärten Krusenkamp und Voßstr. vergeben.

Im übrigen ist bei den konfessionellen Trägern angefragt worden, ob nicht durch moderate Überbelegungen Entlastungsmöglichkeiten im Gladbecker Süden angeboten werden können. Die Evangelische Kirche ist grundsätzlich bereit, ein bis zwei Kinder pro Gruppe zusätzlich aufzunehmen, die katholische Kirchengemeinde St. Marien hat ebenfalls Hilfsbereitschaft signalisiert und prüft zur Zeit ihre Möglichkeiten. Die Arbeiterwohlfahrt hat in ihrer Einrichtung, Marienstr. in der Vergangenheit bereits acht zusätzliche Plätze im Rahmen von Überbelegungen zur Verfügung gestellt.

Beim Jugendamt selbst haben sich in den vergangenen Wochen nur sehr wenige Eltern ausländischer Herkunft gemeldet und um die Vermittlung eines Platzes nachgefragt.

Zusammengefaßt läßt sich die derzeitige Situation insgesamt wie folgt beschreiben: Selbstverständlich wünschen sich die Eltern ausländischer Herkunft für ihre Kinder auch bereits mit drei Jahren einen Platz in einer Tageseinrichtung, realisieren diesen Wunsch aber nur, wenn ein Platz in der Tageseinrichtung ihrer Wahl in unmittelbarer Nähe ihrer Wohnung zur Verfügung gestellt wird. Auch zumutbare Entfernungen z. B. zu den städtischen Tageseinrichtungen im Stadtteil erweisen sich als erhebliche Hürde, die allenfalls in Ausnahmefällen überwunden wird.

## **Alternative Lösungsansätze**

### **a) Einrichtung einer zusätzlichen Kindergartengruppe**

Vor dem Hintergrund der Immobilität scheitern häufig Lösungsansätze, die außerhalb des unmittelbaren Wohnumfeldes der betroffenen Eltern liegen. Faktisch können damit allenfalls Lösungen greifen, die von den vor Ort tätigen konfessionellen Trägern angeboten werden.

Die überschlägig berechneten jährlichen Betriebskosten für eine zusätzliche Kindergartengruppe liegen bei 75.000 €; für die Zeit vom 1.1. – 31.7.2003 sind dies 43.750 €. Hinzu kämen eventuelle Kosten für Nutzung und Einrichtung. Diese Summe müsste ausschließlich aus kommunalen Mitteln finanziert werden. Eine Mitfinanzierung aus Landesmitteln im Rahmen der Investitions- und Betriebskostenförderung scheidet definitiv aus.

Der städtische Kindergarten August-Brust-Str. bietet räumlich die Voraussetzungen für die Einrichtung einer zusätzlichen Kindergartengruppe. Das bisherige Elternverhalten zeigt jedoch, dass ein zusätzliches Angebot an diesem Standort nur zögerlich angenommen wird.

## **b) Einsatz eines Shuttle-Busses**

Die angeregte Beförderung von Kindern ausländischer Herkunft mittels eines „Shuttle-Busses“ ist ebenfalls geprüft worden. Dies wäre sinnvoll, wenn freie Platzkapazitäten in größerer Zahl an einem Standort zur Verfügung ständen; dies ist zur Zeit in Gladbeck nirgendwo der Fall. Das Verteilen der Kinder auf eine Vielzahl von Einrichtungen im Gladbecker Stadtgebiet ist wegen der Länge der Fahrzeit pädagogisch bedenklich und von der notwendigen verlässlichen Begleitung der Kinder her, erfahrungsgemäß nur schwer zu organisieren und koordinieren. Geschätzte Kosten: ca. 37.000.€ für sieben Monate.

## **c) Einrichtung einer zusätzlichen Kindergartengruppe und eines Fahrdienstes**

Als dritte Alternative käme nur die Schaffung zusätzlicher Plätze z. B. im städtischen Kindergarten August-Brust-Str. in Kombination mit einem Fahrdienst in Betracht. Neben den bereits erwähnten zusätzlichen Betriebskosten für ein solches Angebot fallen zusätzlich überschlägig berechnete Fahrtkosten in Höhe von 34.000 € jährlich an.

## **Situation in anderen Kommunen**

Die gleichberechtigte Versorgung von Kindern ausländischer Herkunft mit Tageseinrichtungsplätzen ist im übrigen ein Problem, das sich landesweit in allen Kommunen mit hohen Anteilen von Familien mit Migrationshintergrund aufgrund der Angebotsstruktur stellt. Dies belegt nicht zuletzt eine gerade veröffentlichte Vorlage für die Landesjugendhilfeausschusssitzung am 22.9.2002. zum Thema „Konsequenzen aus der PISA-Studie“. Zu dem beschlossenen umfangreichen Maßnahmenprogramm gehören auch Verhandlungen mit den Spitzenverbänden der freien Wohlfahrtspflege über gleiche Zugangsmöglichkeiten aller Kinder mit Migrationshintergrund zu den Kindertageseinrichtungen und zwar ungeachtet ihrer Herkunft und Religionszugehörigkeit.

## **Ausblick**

Das Problem der Unterversorgung insbesondere von Migrantenkindern stellt sich vor Ort im laufenden Kindergartenjahr letztmalig.

Die insgesamt gute Versorgungssituation und erheblich zurückgehende Kinderzahlen zum kommenden Kindergartenjahr, stadtweit sind dies 153 Kinder, in Brauck und Rosenhügel 31 Kinder, werden für eine deutliche Entspannung der Situation sorgen. Standen zu Beginn des laufenden Kindergartenjahres für 2382 - 3bis 6jährige Kinder 2357 Plätze zur Verfügung wird im kommenden Kindergartenjahr die gleiche Platzzahl für 2229 Kinder zur Verfügung stehen.

Auch die Ergebnisse der Verhandlungen mit dem Verband Evangelischer Kirchengemeinden, den Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund auf bis zu 50 Prozent zu erhöhen, bieten durch mehr Verteilungsgerechtigkeit die Voraussetzungen für eine Lösung des Problems im kommenden Kindergartenjahr. Begonnene Gespräche mit den Trägern der katholischen Kindergärten zielen seitens der Stadt ebenfalls in diese Richtung. Angesicht der zurückgehenden Kinderzahlen dürften sich für das kommende Kindergartenjahr bei Bedarf auch Realisierungschancen für Verlagerungen von Angeboten aus gutversorgten Stadtteilen in den Gladbecker Süden ergeben.

Vor diesem Hintergrund wird es ab dem kommenden Kinderjahr möglich sein, allen Kindern einen dreijährigen Aufenthalt im Kindergarten zu garantieren. Versorgungsengpässe kann es dann allenfalls bei Kindern geben, die im laufenden Jahr das dritte Lebensjahr vollenden und dann sofort einen Kindergartenplatz in Anspruch nehmen möchten.

Im übrigen ist geplant, für alle Kinder mit nicht ausreichenden deutschen Sprachkenntnissen neben den Angeboten in Tageseinrichtungen ein halbes Jahr vor Einschulung wieder Sprachkurse an Grundschulen anzubieten. Entsprechende Landesfördermittel nach den Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen für Angebote zur Sprachförderung im Elementarbereich vom 17.5.2002 sind vom Amt für Schule und Sport gestellt worden. Geplant sind zwölf Sprachkurse an sieben Gladbecker Grundschulen.

**Finanzielle Auswirkungen:**

keine

folgende

<b>Einnahme (€)</b>	<b>VwHH</b>	<b>VmHH</b>
einmalig		
jährlich		

<b>Ausgabe (€)</b>	<b>VwHH</b>	<b>VmHH</b>
einmalig		
jährlich		

Haushaltsmittel stehen:  zur Verfügung  nicht zur Verfügung

**Beschlussentwurf:**

Die Verwaltung wird beauftragt, alle bereits jetzt zur Verfügung stehenden Möglichkeiten insbesondere Überbelegungsmöglichkeiten zur Verbesserung der Versorgungssituation der Kinder ausländischer Herkunft im Gladbecker Süden umgehend auszuschöpfen.

Der Bürgermeister  
i.V.

Hommel  
\_\_\_\_\_  
Beigeordneter/Stadtkämmerer

---

In der Sitzung des

\_\_\_\_\_-Ausschusses

Rates

Haupt- und Finanzausschusses

am \_\_\_\_\_ (nicht - öffentlicher Teil) wurde wie folgt beschlossen: